



Zukunft und Reform des Sozialstaats

Ergebnisse einer Umfrage in acht europäischen Ländern

**Auftraggeber:
Vision Europe Summit**



Das Wichtigste in Kürze

Im Juli und August 2015 führte TNS Emnid im Auftrag des Vision Europe Summits eine repräsentative Umfrage¹ in folgenden acht EU-Mitgliedsstaaten durch: Belgien, Deutschland, Finnland, Frankreich, Italien, Polen, Portugal, Vereinigtes Königreich.

Kernergebnisse

- In jedem der acht Länder befürwortet mehr als die Hälfte der Bevölkerung, dass die **EU soziale Mindeststandards in allen EU Staaten setzen soll**. In Frankreich ist die Zustimmung hierzu am höchsten.
- In jedem Land spricht sich eine Mehrheit dafür aus, dass die **EU Druck auf die Nationalstaaten ausüben soll, sodass diese notwendige Reformen ihres Sozialsystems** umsetzen.
- Mit Ausnahme Finnlands finden sich in allen Staaten Mehrheiten für die Forderung, dass die **EU finanzielle Transfers von reicheren zu ärmeren Mitgliedsstaaten garantieren soll**. Selbst in den Netto-Beitragszahlern Großbritannien und Deutschland finden sich hierfür Mehrheiten.
- In allen acht Staaten machen sich die Bürger am meisten Sorgen **über die Rente und Altenpflege** der Zukunft.
- Vergleichsweise wenig Sorgen machen sich die Bürger aller acht Länder um die Zukunft der **Kinderbetreuung und der Bildung und Ausbildung**.
- In allen Staaten schätzen die Bürger **Bildung, Aus- und Weiterbildung** aber als sehr wichtiges Politikfeld für die Zukunft des Sozialstaats ein.
- Die Bürger der **Länder mit vergleichsweise geringer Staatsverschuldung sind bereit zukünftig mehr beizutragen, um das Leistungsniveau des Sozialstaats beizubehalten**. In finanzschwachen Ländern präferieren die Bürger Leistungskürzungen im Gegenzug zu nicht steigenden Steuern und Abgaben. In Deutschland ist eine knappe Mehrheit für höhere Beiträge.

Schlussfolgerungen

- Die Ergebnisse deuten an, dass die **Bürger aller befragten Länder sich der Herausforderungen und notwendigen Reformen der Sozialsysteme bewusst sind**.
- Die Umfragedaten stützen eine **bedeutend wichtigere Rolle für die EU** als derzeit, um durch Einforderung von Reformen die **Überlebensfähigkeit** der nationalen Sozialsysteme zu garantieren und durch verbindliche Standards in allen Mitgliedsstaaten ein Mindestmaß an sozialer Sicherheit festzuschreiben.

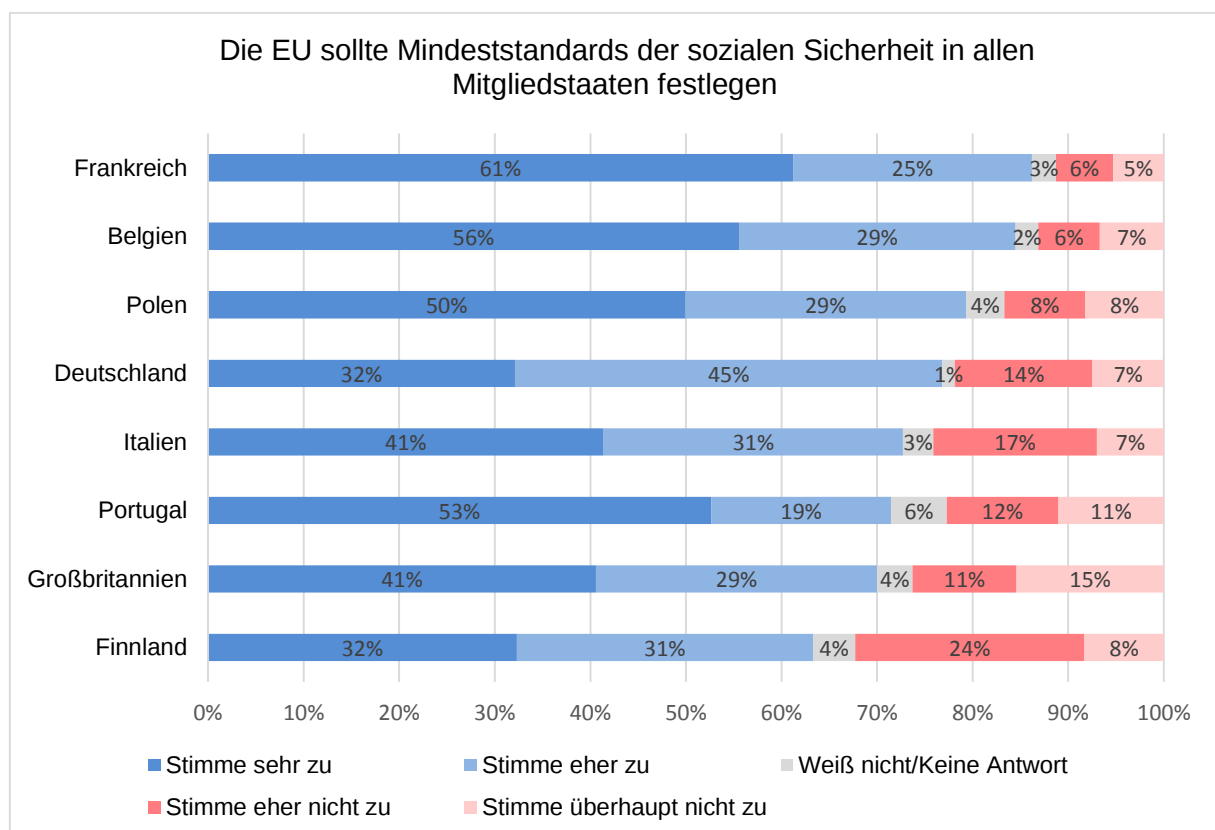
¹ Stichprobengröße je Land: 1000 Befragte, in Deutschland 1007⁸ Befragte. Telefonbasierte Umfrage.

Die EU als Gewährleister von Sozialstandards

Die EU wurde unter anderem mit dem Ziel gegründet, durch verstärkte wirtschaftliche Integration den Wohlstand ihrer Mitgliedsstaaten zu vermehren. Im Laufe der Jahre entwickelte die EU neben ihrem stets wachsenden wirtschaftlichen Projekt auch ein soziales Projekt/soziale Agenda, allerdings bedeutend weniger ausgeprägt. Nur wenn ein Bezug zum Binnenmarkt besteht, darf sie regulierend eingreifen und Mindeststandards setzen (z.B. wöchentliche Höchstarbeitszeit, Arbeitsschutz). In der Sozialpolitik per se aber liegt die Entscheidungshoheit bei den Mitgliedsstaaten.

Derzeit können EU-Staaten versuchen, gegenüber anderen Mitgliedsstaaten einen Wettbewerbsvorteil zu erlangen, indem ihre relativen Sozialstandards geringer sind als die anderer EU Staaten. Um einen eventuellen Unterbietungswettlauf zu vermeiden, wären europaweite (relative) Sozialstandards eine Lösung.

Abbildung 1: Die EU als Gewährleister sozialer Mindeststandards



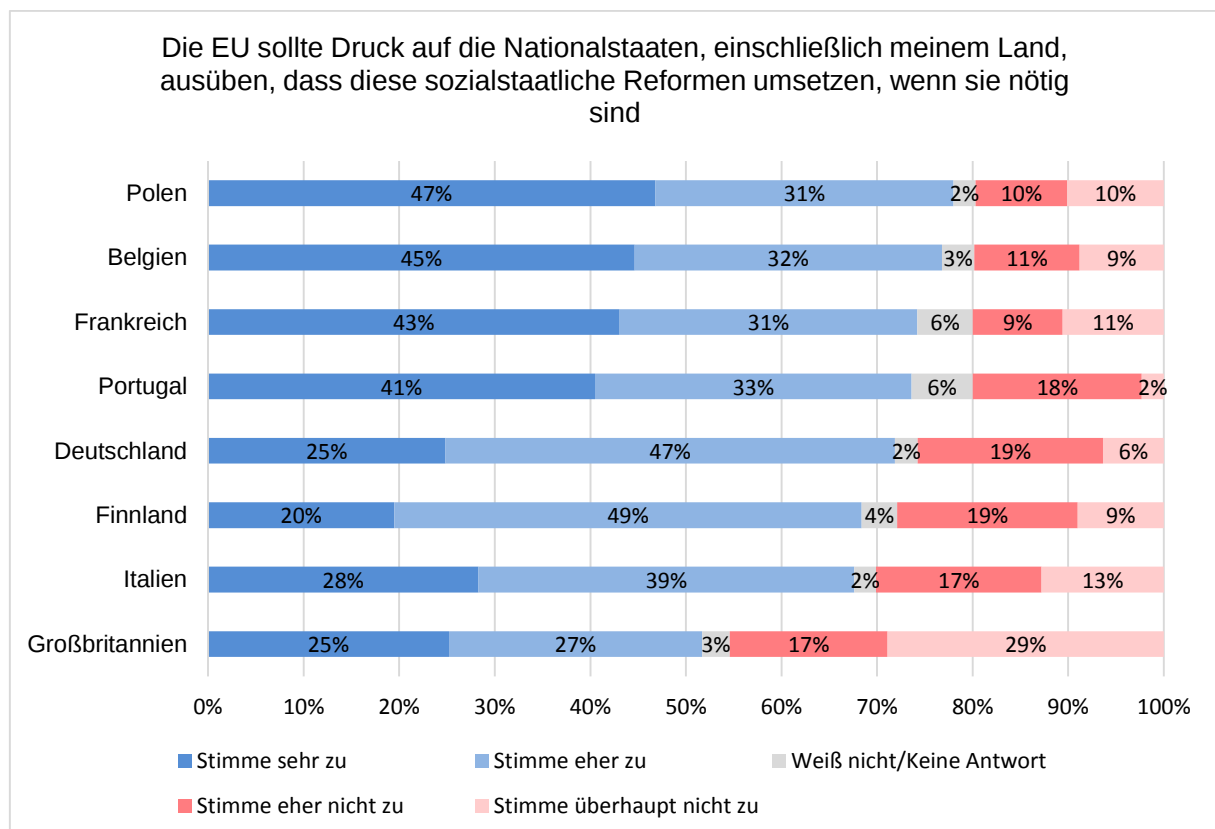
Die Bürger in den befragten Ländern würden eine solche Lösung einheitlich befürworten (siehe Abb. 1): Selbst in Finnland, wo die Zustimmung am geringsten ist, stimmen immerhin

noch 63 Prozent einem solchen Vorschlag zu. Am meisten Bürger befürworten diesen Vorschlag in Frankreich (86%). Deutschland liegt im Mittelfeld mit einer Zustimmung von 77 Prozent. Es ist in dieser Frage eine geographische Unterscheidung zwischen den Ländern zu erkennen: Am ehesten lehnen die Nord- und Westeuropäer (Finnen und Briten) Mindeststandards ab, gefolgt von den südeuropäischen Ländern Italien und Portugal. In den zentraleuropäischen Ländern Frankreich, Belgien, Polen und Deutschland sind die meisten Befürworter zu finden.

Die EU als Reform-Unterstützer

Über die Setzung von Standards hinaus, befürworten die Bürger der befragten Länder, dass die EU auch Druck auf die Nationalstaaten ausübt, sodass diese notwendige Reformen umsetzen.

Abbildung 2: Die EU als Garant notwendiger Reformen



Auf die Frage, ob die EU Druck auf individuelle Mitgliedsstaaten ausüben soll, damit diese Reformen des Sozialstaats umsetzen, wenn dies nötig ist, antworten selbst im Vereinigten Königreich noch 52 Prozent mit ja. In Polen finden sich unter den acht Ländern der Umfrage



am meisten Befürwortet für diese Rolle der EU: Mehr als zwei Drittel. Auch noch 72 Prozent der Deutschen befürworten, dass die EU eine solche Rolle einnimmt. Die Zustimmung in Deutschland liegt damit nur knapp über derjenigen der Finnen, die in allen Fragen mit Bezug zur EU als eher euroskeptisch auffallen (siehe Abb. 2).

Die EU daher eine wichtige Rolle einnehmen, um nationale Regierungen von der Notwendigkeit bestimmter sozialpolitischer Reformen zu überzeugen wenn solche Reformen geboten sind um langfristig die Überlebensfähigkeit des Sozialsystems zu garantieren.

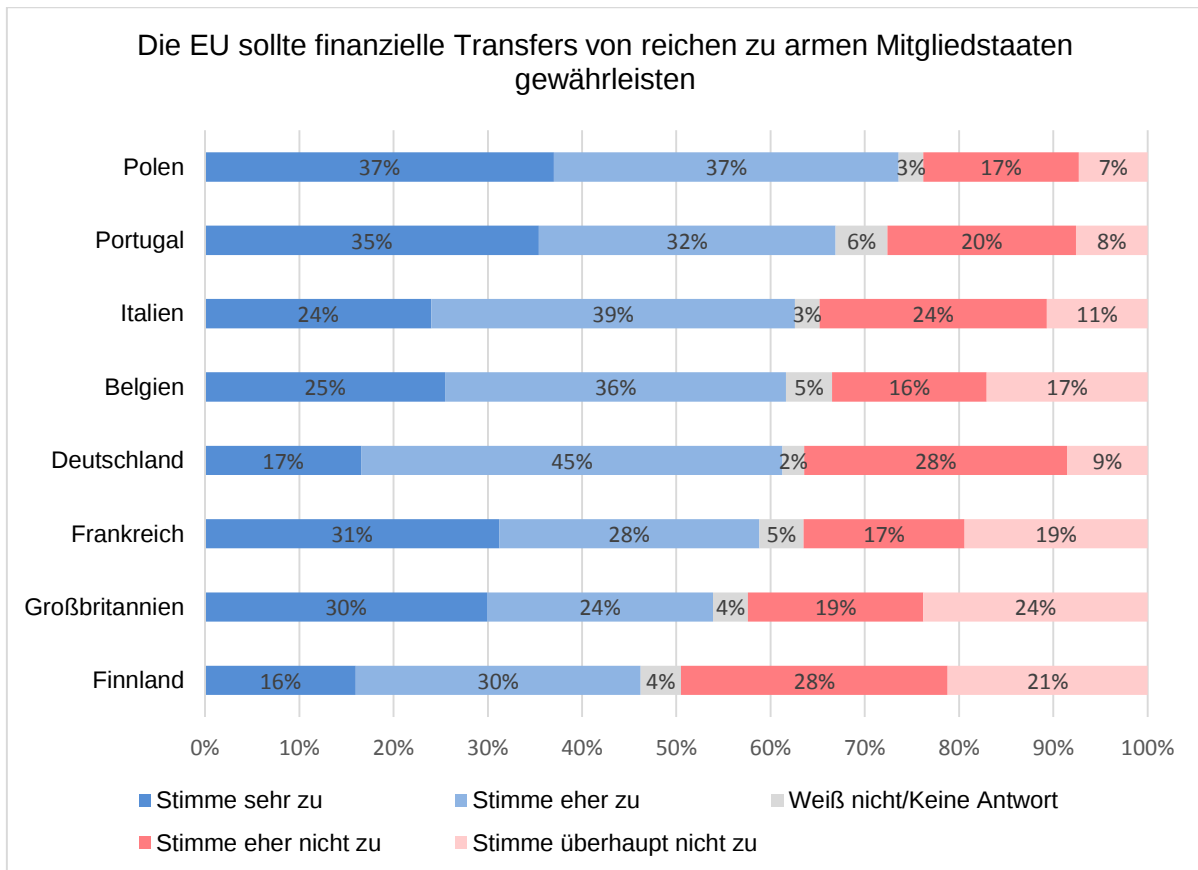
Es soll noch einmal hervorgehoben werden, was diese Ergebnisse *nicht* implizieren. Die Befragten fordern nicht, dass die EU *bestimmte* Reformen (z.B. konsequente Liberalisierung, Sparpolitik etc.) einfordert. Aus der Frage lässt sich nicht ableiten, dass die Sozialsystem der EU vereinheitlicht werden sollen oder bestimmten Anforderungen genügen müssen. Es geht schlicht und einzig darum, dass die EU Druck ausüben soll, dass notwendige Reformen umgesetzt werden. Diese können von Land zu Land, je nach demographischer, wirtschaftlicher und sozialer Lage unterschiedlich ausfallen. **Die EU wird also als Katalysator systembedingter notwendiger Reformen gesehen, nicht aber als Garant spezifischer Reformen, die in allen Staaten identisch sein müssen.**

Finanzielle Solidarität

Die Bürger schreiben der EU noch eine weitere Rolle zu: Sie soll nicht nur Druck auf nationale Reform-resistente Regierungen ausüben, sie soll darüber hinaus auch die finanzielle Solidarität zwischen den Mitgliedsstaaten garantieren (siehe Abb. 3). Bei der Beantwortung dieser Frage ist eindeutig erkennbar, dass Bürger aus Staaten, die Netto-Beitragszahler zum EU Budget sind, dieser Forderung skeptischer gegenüberstehen als Bürger aus Netto-Empfängerstaaten. Polen ist nicht nur das Land, das 2013² der größte Nettoempfänger war, es ist auch das Land in dem (von den acht Ländern in der Umfrage) die meisten Bürger der Aussage zustimmen, dass die EU finanzielle Transfers von reichen zu armen Mitgliedsländern garantieren soll. Deutschland, das Vereinigte Königreich und Frankreich sind die drei größten Nettozahler der EU (Stand 2013), gemeinsam mit Finnland – das nur minimal mehr zum EU Budget beiträgt als es an Zahlungen daraus empfängt – ist in diesen Ländern die Ablehnung finanzieller Solidarität am größten. **In Finnland stimmen nur 46 Prozent der Befragten der Aussage zu. In allen anderen Ländern überschreitet die Zustimmung allerdings die 50-Prozent-Marke. Im größten Nettozahler Deutschland sprechen sich immerhin 62 Prozent der Befragten für finanzielle Solidarität mit ärmeren Mitgliedsstaaten aus.**

² Letzte verfügbare Daten

Abbildung 3: Finanzielle Solidarität zwischen EU-Mitgliedsstaaten



Vertrauen in den Sozialstaats des Jahrs 2050

Die Bürger der acht Länder **blicken pessimistisch in die Zukunft** wenn sie nach ihrer Einschätzung gefragt werden, ob der Sozialstaat die Bedürfnisse der Bevölkerung auch noch im Jahr 2050 erfüllen wird. In allen acht Ländern **überwiegen die Befürchtungen vor allem in Politikfeldern, die im Alter von Bedeutung sind: Rente und Pflege im Alter**. Mit 70 Prozent der Befragte, die befürchten, dass die Renten im Jahr 2050 nicht mehr den Bedürfnissen der Bürger entsprechen, machen sich die Deutschen am meisten Sorgen. 63 Prozent der Deutschen blicken pessimistisch auf die Altenpflege im Jahr 2050 (siehe Anhang 1).

Die Bürger wurden auch nach ihrer Einschätzung über die **Zukunft von Kinderbetreuung und Bildung und Ausbildung** gefragt. In beiden Politikfeldern sind die Erwartungen an die **Zukunft optimistisch**, und dies in allen acht Ländern. In Belgien sorgen sich nur 18 Prozent der Bevölkerung um die Zukunft von Bildung und Ausbildung, Deutschland liegt hier mit



33 Prozent besorgter Bürger im Mittelfeld. Im ehemaligen PISA-Vorzeigeland Finnland erwarten immerhin 39 Prozent der Bürger nicht, dass das Bildung- und Ausbildungssystem die Bedürfnisse zukünftiger Generationen abdecken wird.

Mit Deutschland, Belgien und Polen machen sich drei sehr unterschiedliche Länder am wenigsten Sorgen um die **Kinderbetreuung im Jahr 2050** (31%). Während in Belgien 2013 fast 50 Prozent der unter Dreijährigen in externer Betreuung waren, waren es in Deutschland nur knapp 30 Prozent und in Polen gerade mal 10 Prozent. Es scheint, dass zumindest in Deutschland die beträchtlichen finanziellen Mittel, die in den letzten Jahren für den Ausbau der Betreuung unter Dreijähriger zur Verfügung gestellt wurden, die Bürger davon überzeugen, dass in diesem **Politikfeld die notwendigen Anstrengungen vorgenommen werden**, auch wenn die Bedürfnisse heute noch nicht ausreichend gedeckt sind.³

Nur in **Deutschland und Großbritannien** machen sich weniger als 50 Prozent der Bürger Sorgen um die **Unterstützung der Arbeitslosen** im Jahr 2050. In der Tat haben beide Länder im europäischen Vergleich derzeit geringe Arbeitslosenquoten. Anders so in Italien und Belgien, wo jeweils fast 60 Prozent die Zukunft pessimistisch einschätzen. Es scheint als ob die beiden Länder, die ihren Arbeitsmarkt bereits vor der Krise umbauten und liberalisierten 2015 die Früchte dieser Reformen ernten: Eine geringe Arbeitslosenquote und vergleichbar großes Vertrauen der Bürger in die Zukunft der Arbeitslosenversicherung.

Wenn man betrachtet, in wie vielen Politikfeldern sich die einzelnen Bürger Sorgen um die Zukunft machen, fällt auf, dass sich 40 Prozent der Deutschen Sorgen in mindestens drei Politikfeldern machen. Andererseits gibt es auch Deutsche, die optimistisch in die Zukunft blicken: Immerhin 17 Prozent glauben, dass in allen erfragten Politikfeldern der Sozialstaat die Bedürfnisse der Bürger erfüllen wird. In keinem anderen Land schätzt ein so hoher Anteil die Zukunft des Sozialstaats so optimistisch ein. **Deutschland ist also gespalten zwischen einem hohen Anteil an eher besorgten Bürgern und immerhin fast einem Fünftel optimistischer Bürger.**

Erwartungen an den Sozialstaat

Die Umfrage umfasste nicht nur die Sorgen der Bürger, sondern auch deren Einschätzung wie wichtig unterschiedliche Ziele des Sozialstaats in Zukunft sein sollten.

Gerade eines der Politikfelder, um die sich die Bürger in den befragten Ländern vergleichsweise **geringe Sorgen machen**, liegt in der **Rangfolge der Wichtigkeit** ganz vorne (siehe Anhang 2): **das Erlangen von Bildung**⁴. Dieses Ergebnis muss im Kontext gesehen wer-

³ Da bei dieser Frage davon ausgegangen werden muss, dass die Befragten sowohl die Quantität als auch die Qualität der zur Verfügung stehende Betreuungsplätze in Betracht gezogen haben, sehen wir davon ab, diesen positiven Ausblick nur durch den erwarteten Rückgang der Geburten in Deutschland und die damit zurückgehende Nachfrage nach Betreuungsplätzen zu erklären. Selbstverständlich kann die geringe Betreuungsquote in Polen auch durch eine geringe Nachfrage erklärt werden – diesem Sachverhalt soll hier nicht weiter nachgegangen werden.

⁴ Gefragt wurde nach „allen Bürger den Erwerb von Bildung, Wissen und Fähigkeiten ermöglichen.“



den, dass sich seit der 2000er Wende in der Sozialpolitik vieler europäischer Staaten ein Paradigmenwechsel an andeutet – der sich von Land zu Land bereits unterschiedlich stark manifestiert: Social Investment, Sozialpolitik, die (nicht nur) in der Not unterstützen soll, sondern die durch gezielte Investitionen die Bürger in die Lage versetzen soll, erst gar nicht in Notlagen zu geraten. Investitionen in (frühkindliche) Bildung und Ausbildung sind eine der Säulen des Social Investment. Der *Vorsorgende Sozialstaat* ist ein vielversprechender Ansatz, wenn auch in Zukunft Ziele wie Solidarität und Chancengleichheit mit Armutsbekämpfung und Wettbewerbsfähigkeit in Einklang stehen sollen.

Dass die befragten Bürger Bildung als das wichtigste Ziel des Sozialstaats sehen, sollte Politikern ein Ansporn sein, in dieses Politikfeld zu investieren, um nicht nur kurzfristig durch erhöhte Sozialleistungen Wählerstimmen zu gewinnen, sondern um langfristig die Überlebensfähigkeit unseres Sozialsystems zu sichern. Bundeskanzlerin Merkels Bildungspolitik solltet wieder auf die politische Tagesordnung gesetzt werden.

Es fällt auf, dass die Antworten der Deutschen auch bei dieser Frage sehr denen der Briten ähneln. In beiden Ländern werden Gesundheitsversorgung und Bildung mit großem Abstand als sehr wichtige Ziele bezeichnet. In dieser Deutlichkeit ist das in keinem der verbleibenden sechs Länder zu erkennen.

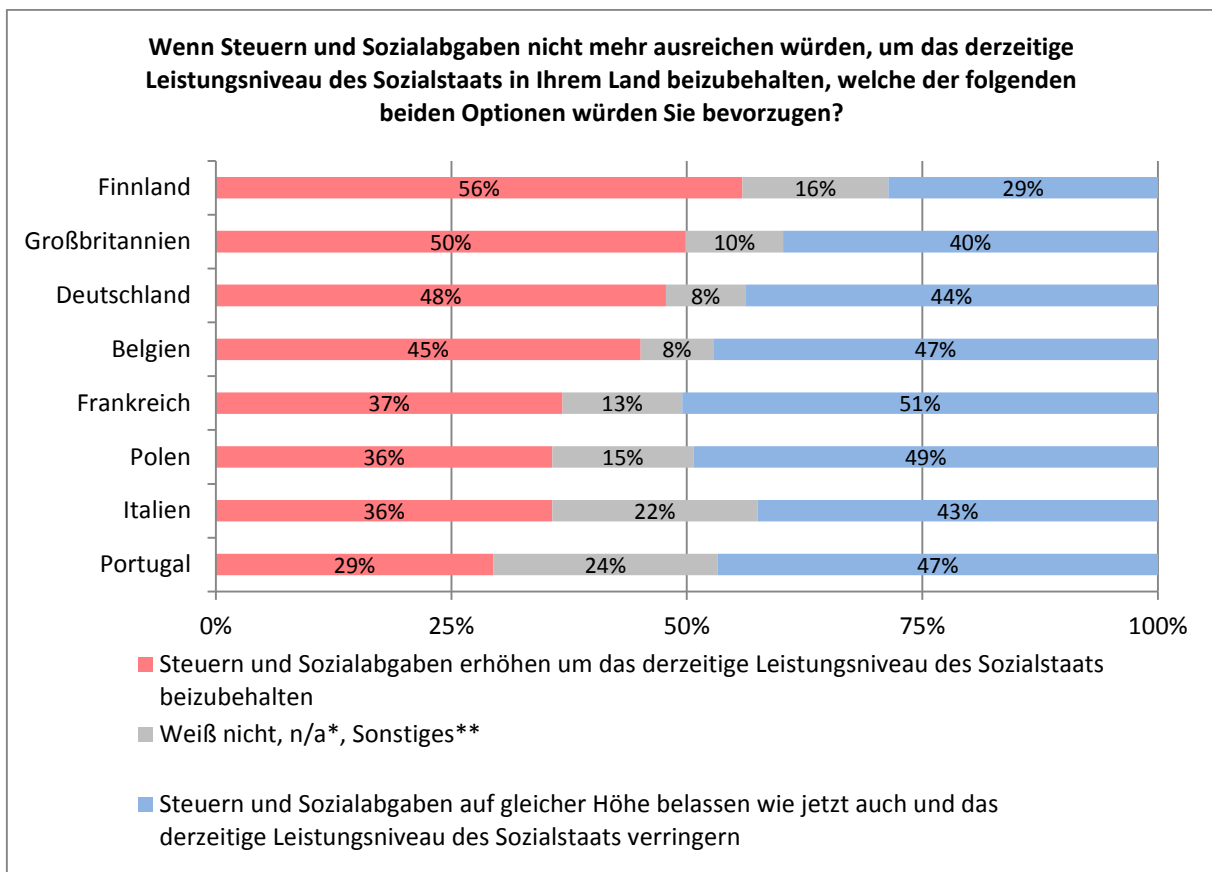
Zuletzt sei noch erwähnt, **dass 49 Prozent der einkommensstarken Deutschen Bildung als sehr wichtig einstufen, ein höherer Prozentsatz als bei Bürgern mit Einkommen unter 3.000 €.** Dieses Ergebnis fällt auf, denn hohes Einkommen korreliert unter anderem mit einem vergleichsweise hohen Bildungsniveau. Es besteht also die Gefahr, dass Besserverdienende und Gebildete die verstärkten Bildungsangebote des investierenden Sozialstaats eher nutzen als Geringverdiener, die diese Ziele als nicht so wichtig betrachten. Insofern kann eine verstärkte Umsetzung von Social Investment Konzepten tatsächlich dazu führen, dass die soziale Spaltung sich verstärkt, da die Angebote weniger von Bürgern sozial schwacher Schichten angenommen werden. **Umso wichtiger wird es sein, dass der Sozialstaat der Zukunft sowohl Chancengerechtigkeit (u.a. durch Bildung) als auch soziale Gerechtigkeit im Ergebnis garantiert.**

Reformoptionen: Beiträge erhöhen oder Leistungen kürzen?

In allen acht Ländern stehen die Sozialstaaten vor der Herausforderung, auch in Zukunft die Erwartungen der Bürger zu erfüllen, ohne dass die Ausgaben die Mittel konstant überschreiten. Einige Länder haben dies im Zuge der Finanz- und Wirtschaftskrise schmerzhaft spüren müssen: Portugal konnte 2011 nur dank eines EU Rettungsschirms den Staatsbankrott vermeiden, harte Reformen waren die Bedingung. Als Italien kurz davor stand, seine Kreditwürdigkeit zu verlieren, wurden unter der Expertenregierung Mario Montis konsequent notwendige Reformen, z.B. des Rentensystems, umgesetzt. Reformen, die Sozialleistungen (zukünftig) verringern, lassen einen Staat Glaubwürdigkeit gegenüber seinen Gläubigern erlangen. Wie aber steht es mit den Bürgern? Um dies herauszufinden wurden die Bürger der

acht Staaten gefragt, welche der beiden folgenden Optionen sie vorziehen, sollten Steuern und Sozialabgaben nicht mehr ausreichen, um das aktuelle Leistungsniveau beizubehalten:
a) Steuern und Abgaben erhöhen, um das Niveau der Sozialleistungen beizubehalten. Oder
b) Steuern und Abgaben auf dem aktuellen Niveau behalten, dafür aber Sozialleistungen verringern.

Abbildung 4: Zukünftige Finanzierung des Sozialstaats



Den größten Anteil an Befürworten für den Erhalt des aktuellen Leistungsniveaus gibt es in Finnland, hier befürworten 56 Prozent der Bürger, Steuern und Abgaben zu erhöhen. Auch in Deutschland spricht sich eine sehr knappe Mehrheit (48%)⁵ für erhöhte Steuern und Abgaben im Gegenzug zu gleichbleibenden Leistungen aus⁶, ebenso im Vereinigten Königreich (siehe Abb. 4). Wenn man dies vergleicht mit den Ergebnissen in Italien und Portugal – Länder mit hohen Staatsdefiziten – legt sich die Schlussfolgerung nah, dass sich genau in diesen drei Ländern Mehrheiten für erhöhte Steuern finden, weil sie in den zurückliegenden Jahren ihre Staatsfinanzen unter Kontrolle halten konnten und nicht die

⁵ Acht Prozent der Befragten entschieden sich nicht für eine der beiden Alternativen, daher bilden 48 Prozent die Mehrheit.

⁶ Die Befragten in Deutschland unterscheiden sich in ihrem Antwortverhalten nicht signifikant wenn Alter, Einkommen etc. berücksichtigt wird. Daher werden diese Unterschiede im Folgenden nicht analysiert.

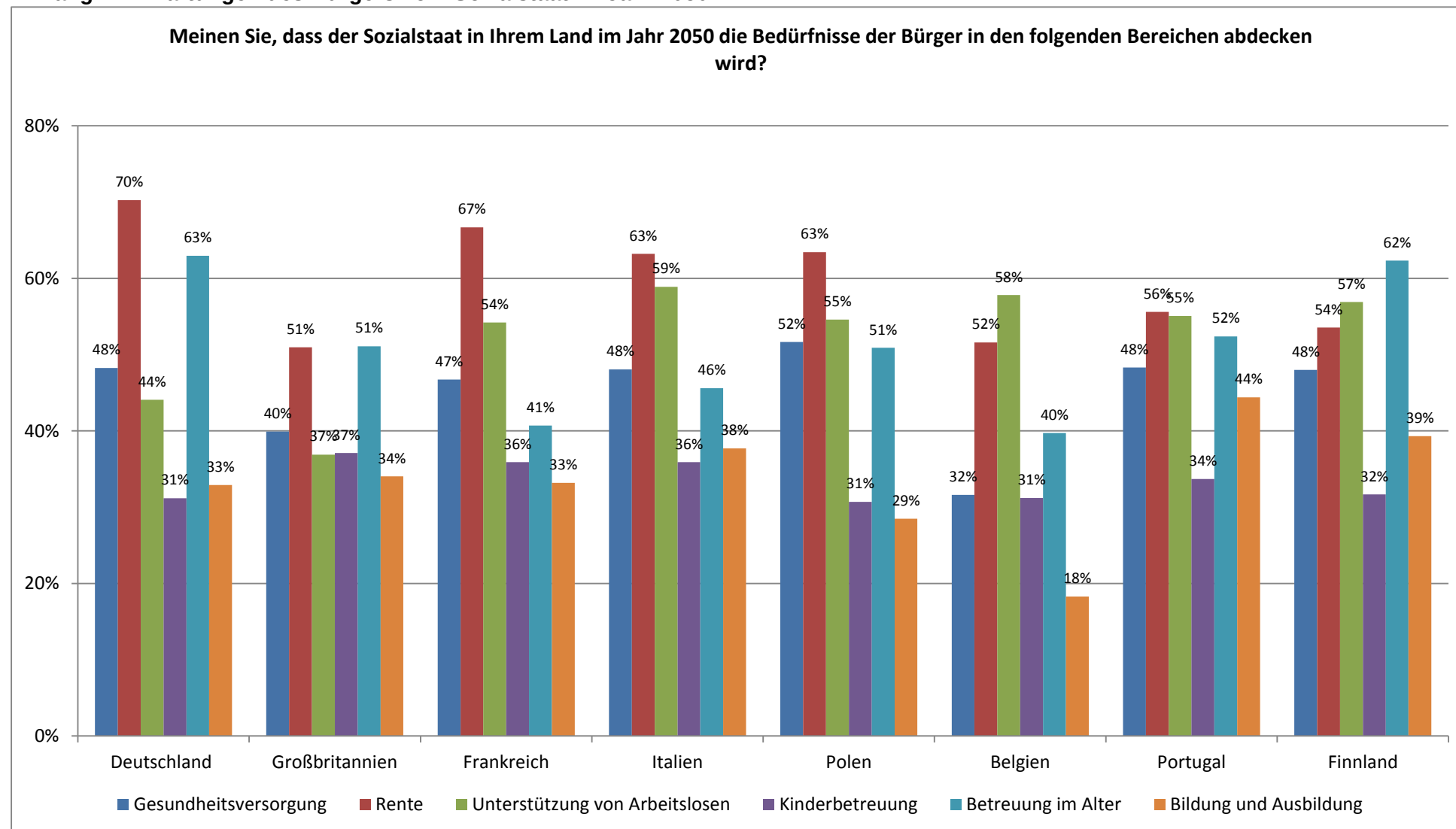


Bürger mit signifikant höheren Steuern belasten mussten. Ganz im Gegenteil zu Portugal und Italien, Länder die im Zuge der Finanzkrise Steuern teils drastisch erhöht haben: Nur 29 Prozent der Portugiesen und 36 Prozent der Italiener befürworteten erhöhte Steuern um das Leistungsniveau konstant zu halten.

In Frankreich spricht sich sogar die absolute Mehrheit (51%) für eine Verringerung des Leistungsniveaus aus. Dieses Ergebnis sollte die französischen Politiker wachrütteln: Anscheinend befürworten die Bürger genau die notwendigen Änderungen, vor denen die Politiker sich fürchten.

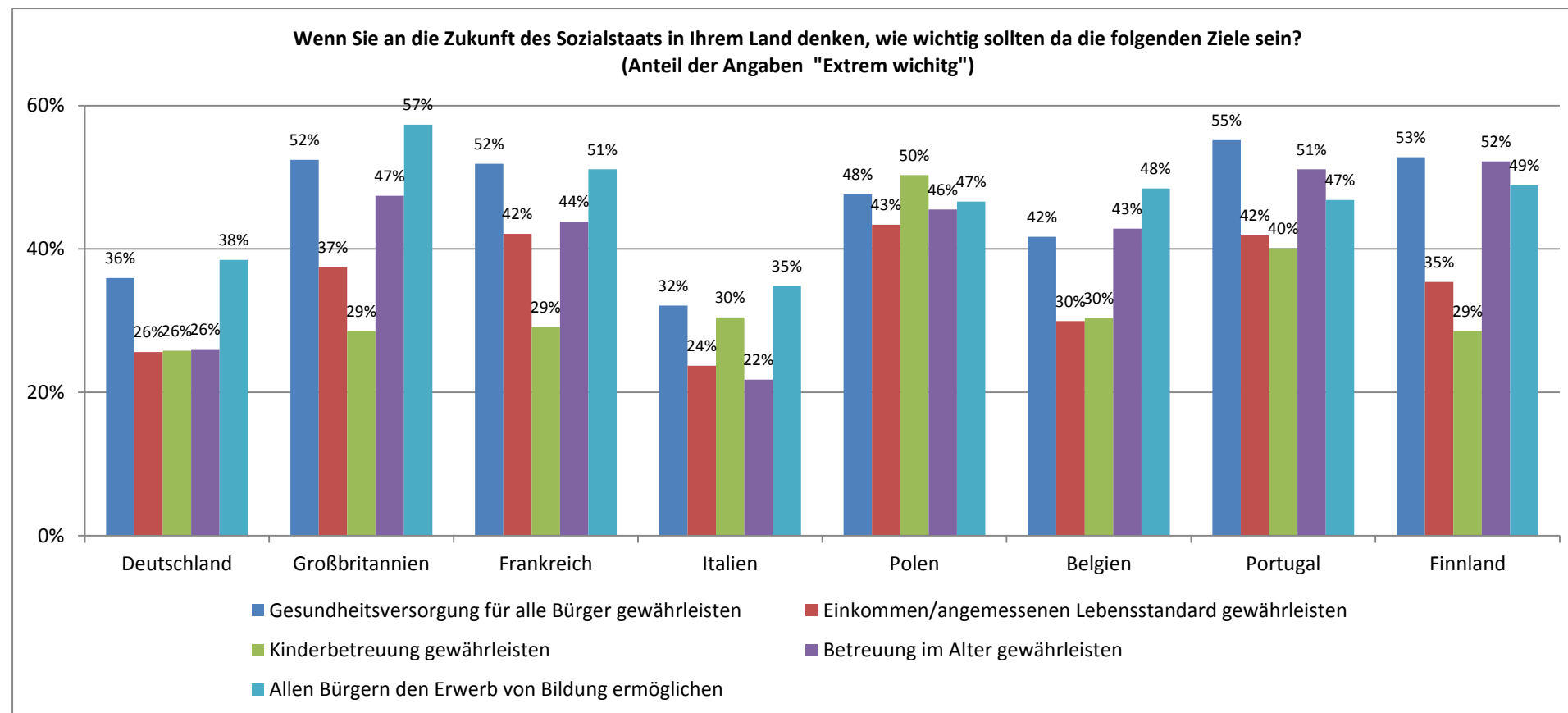


Anhang 1: Erwartungen des Bürgers vom Sozialstaat im Jahr 2050





Anhang 2: Wichtigkeit bestimmter Politikfelder in der Zukunft





Kontakt

Vision Europe Summit
c/o Bertelsmann Stiftung
Carl-Bertelsmann-Straße 256
33311 Gütersloh
Germany

Katharina Barié

Internationale Foren und Trends
Telefon: +49 5241 8181485

katharina.barie@bertelsmann-stiftung.de

www.vision-europe-summit.eu